



# Hochschulzeitung

TECHNISCHE HOCHSCHULE DRESDEN - ORGAN DER SED-PARTEIORGANISATION

## Zwei Perspektiven

In den sozialistischen Staaten: Milliarden für Forschung und Lehre - in Bonn: Milliarden für die Aufrüstung, Almosen für die Wissenschaft

„Wenn uns die Möglichkeit gegeben wäre, auch nur entfernt Gleichwertiges bei uns zu machen, so würden wir sicher einen Weg suchen, Ihre Einladung zu erwidern. Zur Veranstaltung derartiger Tagungen erhalten wir aber im Gegensatz zu Ihnen aus der Staatskasse keine Mittel...“

Diese Zeilen, die wir als Unterschrift für unser Titelbild wählten, entnahmen wir dem Brief eines westdeutschen Wissenschaftlers an Herrn Prof. Dr.-Ing. Kienast. Sie konstatieren mit wissenschaftlicher Nüchternheit die unterschiedliche Förderung, die die Wissenschaft in beiden deutschen Staaten erfährt; denn der Anlaß für diesen Brief war, dem Leiter des Instituts für Fertigkeitstechnik als Initiator und den Assistenten als Gestalter der vor einiger Zeit an der TH stattgefundenen „Tagung junger Fertigkeitstechniker“ zu danken für die starken Eindrücke, die junge westdeutsche Wissenschaftler von dieser wissenschaftlichen Konferenz mit nach Hause nahmen.

### Berechtigte Forderungen westdeutscher Professoren

Die Möglichkeiten, die unseren Gelehrten und besonders auch den jungen Wissenschaftlern in unserem Arbeiter- und Bauern-Staat geboten werden, und die dadurch erreichte hohe Leistungsfähigkeit der Wissenschaft waren es denn auch nicht zuletzt, die in den vergangenen Jahren immer wieder dazu führten, daß in der Bundesrepublik Stimmen laut wurden, die von einer „Krise“, einem „Notstand“ der Hochschulen in Westdeutschland sprachen, ohne daß sie von den Bonner Regierungstellen gehört worden wären.

Das ist auch der Grund, weshalb sich das Gutachten des westdeutschen Wissenschaftsrates an die breite Öffentlichkeit wendet und auf 500 Seiten darlegt, welche Perspektivlosigkeit die Lage an den westdeutschen Hochschulen und Universitäten bestimmt und welche Forderungen die Wissenschaftler erheben, um katastrophale Folgen zu verhindern und zu verhindern, daß Westdeutschland ein wissenschaftlich „unterentwickeltes Land“ wird.

Die grausame Ironie, daß ausgerechnet in dem Staat, der die „Segnungen der Kultur für das christliche Abendland“ vor der „kommunistischen Barbarei schützen“ will; die Wissenschaftler unter Einsatz ihrer Persönlichkeit um die Fortführung der humanistischen Traditionen der deutschen Universität

kämpfen müssen, wird manchen Angehörigen der Intelligenz auch an unserer Hochschule nachdenklich werden lassen. Der Stand des Bildungswesens eines Landes ist ein guter Maßstab für die Beurteilung der Politik eines Staates. Die Gegenüberstellung: Milliarden für die atomare Aufrüstung, Almosen für die Wissenschaft in der Bundesrepublik; alles für die allgemeine und vollständige Abruistung, alles für die Bereicherung des Lebens durch Förderung von Kunst, Wissenschaft und Technik in den sozialistischen Staaten beweist sehr eindringlich, wer den Bestand der Menschheit bedroht, und zeigt andererseits sehr deutlich, daß Sozialismus, Humanismus und Frieden letztlich Synonyme sind - und daß auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet nur die DDR der einzig rechtmäßige deutsche Staat sein kann.

Damit tragen auch die Wissenschaftler, Assistenten und Studenten unserer Hochschule eine unerhörte Verantwortung für die Lösung unserer nationalen Frage, die ja für die Erhaltung des Friedens - das brennendste Problem unserer Tage, wie es in der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien heißt - so wesentlich ist.

Um für alle Zeiten am Weihnachtsabend, dem Fest der Liebe und des Friedens, in strahlende Kinderaugen blicken zu können, müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen, um unsere



„historische Mission“, so ist es in der Moskauer Erklärung formuliert, zu erfüllen und „bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit vom Alpdruck eines neuen Weltkrieges zu erlösen“.

## Mit gleichem Kampfgeist ins Jahr 1961

Zum Umtausch der Parteidokumente an der Fakultät für Berufspädagogik und Kulturwissenschaften

Der vorliegende Artikel hat die Aufgabe, die außerordentliche Mitgliederversammlung der Grundorganisation Berufspädagogik vom 28. November 1960 kritisch einzuschätzen.

Dabei wird der am 20. November 1960 in der „SZ“ erschienene Artikel von Genossen Alfred Neumann, Mitglied des Politbüros, auszuwerten sein, um zu erkennen, in welchem Maße unsere Parteiorganisation die dort gestellten Aufgaben gelöst hat.

### Im Mittelpunkt:

#### Erhöhung unserer Kampfkraft

Bei allen Beratungen zur Vorbereitung des Umtausches stand die politisch-ideologische erzieherische Aufgabe im Vordergrund; ist doch der Umtausch nicht nur eine technisch-organisatorische Angelegenheit - wenn der unmittelbare Anlaß auch

solcher Natur ist - sondern dient der Erhöhung der Kampfkraft der Partei.

Deshalb wurde sofort nach der Ansetzung durch die SED-Stadtberkeitung die politische Bedeutung des Beschlusses zum Umtausch der Dokumente allen Mitgliedern und Kandidaten unserer Grundorganisation erläutert. Wir führten ein Seminar zur Programmatischen Erklärung durch, in dem besonders die Deutschlandfrage und im Zusammenhang damit der Hauptwiderspruch in Deutschland diskutiert wurden, kontrollierten die Beschlüsse zur massenpolitischen Arbeit und ergänzten sie entsprechend der neuen Situation.

In der ersten vorbereitenden Sitzung der Parteilistung mit allen Parteigruppenorganisatoren wurde der Maßnahmenplan erarbeitet. Dabei wurden neben den ersten organisatorischen Maßnahmen besonders Fragen der Parteilieferung und der Agitationsarbeit beraten und die Diskussionen

in den Parteigruppen vorbereitet. Als sehr positiv ist einzuschätzen, daß die Parteigruppen ihre Beratungen zum Umtausch gründlich und kritisch durchgeführt haben.

Es ist weiterhin zu erwähnen, daß innerhalb kürzer Zeit alle Beiträge bis einschließlich Dezember gezahlt wurden und alle anderen Vorbereitungen in kurzer Zeit abgeschlossen werden konnten.

Daß von allen Genossen die Bedeutung des Umtausches erkannt worden war, bewies auch die Teilnahme an der ersten außerordentlichen Mitgliederversammlung am 28. November. Von 115 Genossen unserer Grundorganisation waren 110 Genossen anwesend. Auch die Genossen, die sich gegenwärtig im Fernstudium befinden, nahmen an der Versammlung teil. Kein Genosse fehlte unentschuldig.

### Kritische Auseinandersetzungen

Über das Referat des 1. Sekretärs und die darin berührten Fragen wurde, nach anfänglicher Stagnation rege diskutiert, insbesondere über die Teilnahme am Parteilehrjahr und die Fragen der Intelligenzpolitik. Einige skumige Genossen wurden auf ihre Pflichten in der Parteilistung eindringlich aufmerksam gemacht. Vor allem aber wurde der Umtausch mit einer intensiven Diskussion über die tägliche Partei- und Massenarbeit an unserer Fakultät verbunden. Jetzt ist es Aufgabe der Leitung und der gesamten Parteiorganisation, bis zur 2. außerordentlichen Mitgliederversammlung einige aufgeworfene Fragen abzuschließen und alle Mitglieder und Kandidaten auf die Höhe der Aufgaben zu bringen.

Unterschätzt wurde bis zur 1. außerordentlichen Mitgliederversammlung die Arbeit der Partei mit dem Jugendverband. Nicht etwa insofern, als die Parteilistung die Verbandswahlen nicht unterstützt hätte, sondern weil die massenpolitische Arbeit unter der studentischen Jugend ungenügend ist und wir als Partei gegenwärtig keinen Überblick über die Arbeit des Jugendverbandes haben. Das wird bis zur 2. außerordentlichen Mitgliederversammlung aufzuholen sein.

(Fortsetzung auf Seite 2)

## An Genossen Walter Ulbricht

Anläßlich ihrer ersten außerordentlichen Mitgliederversammlung zum Umtausch der Parteidokumente schrieben die Genossen der Grundorganisation Lehrmaterial einen Brief an den Genossen Walter Ulbricht, in dem es heißt:

„In den vergangenen Wochen haben wir die Programmatische Erklärung des Staatsrates der DDR gründlich studiert, haben sie allen Mitgliedern unserer Dienststelle erläutert und mit ihnen gemeinsam - auch in persönlichen Gesprächen - darüber beraten, wie wir mithelfen können, die in der Erklärung gegebenen Aufgaben praktisch zu verwirklichen.“

In Auswertung all dieser Überlegungen haben wir uns heute anläßlich unse-

## Jurastudium hier unnötig

Der Staat bin ich! sagte einst Ludwig XIV. - Wenn sich auch seitdem die Herrschaftsformen der Ausbeuter- klassen geändert haben, eines haben die imperialistischen Unterdrücker mit den ehemals feudalen gemein: Ihre Macht baut sich auf auf der Rechtlosigkeit der Massen. Ganz recht, der Staat ist ihr Staat.

Einige Freunde der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften scheinen aber noch nicht zu verstehen, daß in unserer Zeit sich die ausgebeuteten Volksmassen immer stärker zur Wehr setzen und daß sie auf einem Drittel der Erde bereits sagen können: Der Staat sind wir! - Wie könnten diese Freunde sonst meinen, die Entscheidung, ob die DDR der einzig rechtmäßige deutsche Staat ist, sei eine viel zu schwierige rechtliche Frage, als daß sie das entscheiden könnten.

Jawohl, es gibt heute in Deutschland (wie in der Welt) zwei Auffassungen von „Recht“: das Recht, das sich die Imperialisten geschaffen haben, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, und das im Gegensatz zu den Interessen der Volksmassen steht, wie das Wehrpflichtgesetz, das Verbot der KPD, das Notstandsgesetz, das Krankenkassengesetz und andere Gesetze des Bonner Staates anschaulich beweisen. All diese Gesetze stempeln diesen Staat zum Unrechtsstaat gegenüber den werktätigen Massen, weil sie dem Zweck dienen, den Massen den Brotkorb höher zu hängen, die Profite der Imperialisten zu erhöhen, jede echte Opposition gegen diese antidemokratischen Maßnahmen zu ersticken, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen und den Bruderkrieg in Deutschland sowie die Eroberung fremder Gebiete vorzubereiten.

Im Gegensatz dazu gilt in der Deutschen Demokratischen Republik das Recht, was den Werktätigen nützt und ihr Wohl fördert. Recht ist daher auch: was den ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat stärkt und schützt gegen die Angriffe der Imperialisten. Auch in unserer Republik sind wir der Staat, wir, die werktätigen Menschen. Wir bestimmen, wie wir leben wollen, und die von uns gewählten Vertreter erlassen Gesetze, die uns dienen, wie das Gesetz zum Schutze des Friedens, das Gesetz

### Den Orden

#### „Banner der Arbeit“

erhielt zu seinem 65. Geburtstag Herr Prof. Dr.-Ing. F. Kienast. Wir beglückwünschen ihn herzlich zu dieser hohen Auszeichnung.

zum Schutze von Mutter und Kind und andere Gesetze. Bei uns nehmen die breiten Massen selbst an der Gestaltung ihrer Gesetze teil, wie die gegenwärtige Diskussion um den Entwurf des Arbeitsgesetzbuches zeigt.

All dies offenbart, welcher Staat in Deutschland im Interesse der Werktätigen handelt. Die Frage, welcher deutsche Staat einzig rechtmäßig ist, kann also nicht formal-juristisch entschieden werden, sondern man muß sich fragen, wessen Interessen jeder der beiden deutschen Staaten vertritt.

Die im Kampf gegen den deutschen Faschismus siegreichen Völker legten im Potsdamer Abkommen fest, welchen Weg zu einem friedliebenden, demokratischen Staat das künftige Deutschland gehen sollte. Wir in der DDR sind diesen Weg gegangen. Dagegen bildet die Entwicklung in Westdeutschland eine lange Kette von Verstößen gegen dieses grundsätzliche völkerrechtliche Dokument. Auch die Gründung der Bundesrepublik selbst war ein Bruch des Potsdamer Abkommens. Red.

## Die Sache mit dem Weihnachtsmann

Gemeinsame Weihnachtsfeier mit den Kindern der Paten-LPG

Jedes Jahr ist es dasselbe: Vor der Kinderweihnachtsfeier herrscht eine Art Premierenstimmung bei den Kolleginnen und Kollegen - es sind in jedem Jahr dieselben -, die mit viel Liebe und Fleiß die Vorbereitungen treffen. An vieles muß gedacht werden, alles muß gut überlegt sein, denn alles muß klappen

Anblick, als ein großer Omnibus vor unserer Fakultät hielt und etwa 30 Kinder herauskrabbelten, die dann erwartungsvoll an der Hand der Muttis den lustig-weihnachtlich geschmückten Saal betraten. Eine Kollegin der FGL hatte farbige Papierschnitte und bunten Tischschmuck angefertigt. Auch „unsere“

den verpflichtet. Diese alte Volkskunst des Handpuppenspiels gewinnt bei uns in zunehmendem Maße an Ansehen. Gespielt wurde: „Die Sache mit dem Weihnachtsmann“. Dieses ansprechende Puppenspiel hat wertvolle erzieherische Momente, und der Weihnachtsmann ist auch „modern“. Er kommt mit Hubschrauber und hilft sogar mit am Fließband in der Produktion.

Strahlende Kinderaugen verfolgten dieses Spiel, und wenn der Weihnachtsmann fragte, ob sie ihm helfen wollen, ob sie mit ihm ein Kollektiv bilden wollen - immer riefen alle begeistert: ja, ja, ja!

Als aber dann im Anschluß an das Stück der „Weihnachtsmann persönlich“ erschien, war es einigen doch nicht ganz so geheuer. Das so schön gelernte Verschen blieb einigen doch im Hals stecken oder wurde sehr zaghaft vorgetragen. Unsere Patendorkinder dagegen kletterten behende auf die Bühne und sangen mit hellen Stimmen ein schönes Weihnachtslied. Die Einsätze klapperten sogar ohne Dirigent großartig.

Die Kinder der Fakultätsangehörigen und unseres Patendorles nahmen dankbar ein nettes Geschenk in Empfang, das sogleich begeistert ausgepackt wurde, es war noch einmal so wertvoll, weil es ihnen der Weihnachtsmann persönlich überreicht hatte. Damit wurde die Feier beendet, und wir glauben, daß sich die Dresdner Kinder und die unseres Patendorles zu Hause noch gern an diese Feier erinnern.

Wir freuen uns, daß wir auf diese Art und Weise auch einen Kontakt mit den Kindern unserer Paten-LPG gefunden und somit die Verbindung zwischen Stadt und Land weiter festigt haben.

Zieger/Lindauer, FGL IX



Ganz bei der Sache! Gespannt verfolgten alle Kinder das Spiel des Staatlichen Puppentheaters.

und soll für die Kinder ein Erlebnis sein.

Um unsere Verbundenheit zu unserem Patendor! Weißig am Raschütz weiter zu festigen, planten wir schon seit langem, zur diesjährigen Weihnachtsfeier am 5. Dezember die Kinder unserer Paten-LPG einzuladen.

Gesagt, getan! Unsere Einladung fand freudige Zustimmung. Es war ein netter

Kinder strömten von allen Seiten herbei, und alle nahmen an gedeckten Tischen Platz. Eine Freude war es zu sehen, wie nett angezogen alle waren, da gab es keinen Unterschied zwischen Stadt- und Landkindern, wie das früher einmal war.

Nach den eigenen „Inszenierungen“ in den vergangenen Jahren hatten wir diesmal das Staatliche Puppentheater Dres-